

## Beschluss vom 15. September 2025

### Parl.-Nr. 2023.30

**Antrag und Bericht zum Beschlussantrag D. Roth-Nater (EVP), F. Künzler (SP), Ch. Hartmann (SVP), R. Dürr (Grüne), U. Hofer (FDP), K. Vogel (Die Mitte) und S. Gonçalves (EDU) betreffend Behördeninitiative «Verbot biometrischer Gesichtserkennung»**

---

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 15. September 2025 mit 44:12 (3 Enthaltungen) Stimmen beschlossen:

1. Vom Bericht der Sachkommission Soziales und Sicherheit zum Beschlussantrag betr. Behördeninitiative «Verbot biometrischer Gesichtserkennung» wird in zustimmendem Sinn Kenntnisgenommen.
2. Das Stadtparlament reicht eine kantonale Behördeninitiative gemäss Art. 24 lit. b der Kantonsverfassung in Form der allgemeinen Anregung gemäss § 120 Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte mit folgendem Initiativtext ein:  
  
«Die kantonale Gesetzgebung (insbesondere § 32 des Polizeigesetzes PolG) ist dahingehend zu ändern, dass biometrische Gesichtserkennung an allen öffentlich zugänglichen Orten verboten wird. Nur auf richterlichen Beschluss dürfen ausschliesslich Behörden, aber keinesfalls Private diese Technologie an einzelnen, nicht aufeinanderfolgenden Tagen einsetzen. Jeder Einsatz muss zeitnah mittels Medienmitteilung bekannt gemacht werden. Bei bewilligten Demonstrationen, Kundgebungen oder Sportveranstaltungen darf biometrische Gesichtserkennung nie zum Einsatz kommen.»
3. Der Beschlussantrag betr. Behördeninitiative «Verbot biometrischer Gesichtserkennung» wird damit als erledigt abgeschrieben.

Für das Stadtparlament

Der Parlamentsschreiber:

M. Bernhard

### Mitteilung an:

- Bezirksrat.